



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Tagesordnung I Punkt 3.2 der öffentlichen Sitzung am 11. November 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-77-0001

Erhalt und Zukunft des Frühlingsfestes

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke und Volt vom 04.02.2025 zu TOP I/7 "Erhalt und Zukunft des Frühlingsfestes" für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 4.02.2025 -
- Beschluss Nr. 21 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 04.02.2025 -

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) gemeinsam mit dem Schaustellerverband zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Gibber Bleichwiesen zu einem attraktiven und dauerhaften Standort für das Frühlingsfest werden könnten.
- 2) die Machbarkeit der Salzbachau als dauerhaften Standort für das Frühlingsfest vertieft zu prüfen. Maßgaben bei der Prüfung sind:
 - a) dass ein regulärer Linienbetrieb auch während der Durchführung des Frühlingsfestes sichergestellt sein muss.
 - b) dass der Schlachthof in seinem ohnehin begrenzten Open-Air-Programm (Schallschutzvereinbarungen) nicht weiter eingeschränkt wird.
 - c) dass mit einer potentiellen Nutzung der Fläche keine Baumfällungen einhergehen sollten.
- 3) Vor diesem Hintergrund ist insbesondere zu prüfen:
 - a) Wie groß ist die benötigte Fläche insgesamt und welche Teile des Parkplatzes Salzbachau würden dafür in Anspruch genommen?
 - b) Mit welchen Auswirkungen ist auf den Busbetrieb von ESWE Verkehr zu rechnen (u. a.: Kosten, betrieblicher Aufwand, Auswirkungen auf Linienfahrplan)
 - c) Wo können die Busse in der Zeit des Festbetriebs abgestellt werden?
 - d) Welche Auswirkungen haben die Lärmemissionen des Frühlingsfestes auf alle betroffenen Anwohner*innen?
 - e) Inwiefern ist die Durchführung des Frühlingsfestes mit dem Veranstaltungsprogramm des Schlachthofs kompatibel? Dabei ist auch die bestehende Vereinbarung mit dem Schlachthof für eine begrenzte Anzahl von Schallereignissen zu berücksichtigen.
 - f) Welche baulichen und infrastrukturellen Anforderungen bestehen an den Platz sowie ggf. finanzieller Aufwand, um diese Anforderungen herzustellen?
- 4) Wie lange müsste der Platz für mögliche Bauarbeiten gesperrt werden?
- 5) Auch die betroffenen Ortsbeiräte in den Prozess einzubinden und die Meinung der Gremien zu berücksichtigen.

- Beschluss Nr. 21 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 04.02.2025 -

Der Antrag wird angenommen

Beschluss Nr. 0107

Die mündlichen Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Hinninger und Herrn Rottloff (WICM) werden zur Kenntnis genommen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2025

Lucas Schwalbach
stellv. Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2025

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2025

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister